

Mit Menschen aktiv – Vielfalt leben

Festvortrag, 1. April 2011

Jahresempfang der Diakonischen Werke Hephata

Ich will von vornherein gar nicht verschweigen, dass es mir hier heute nicht darum geht, Ihnen einen distanzierten akademischen Vortrag zu halten, sondern darum, Sie für eine Vision zu gewinnen, und auch ein bisschen zu begeistern: die Vision von einer Gesellschaft mit *allen* Menschen. Die Vision von einem Zusammenleben, in dem auf Ausschließung und Ausgrenzung verzichtet wird. Die Vision von Gemeinschaften vor Ort in unseren Städten und Dörfern, die wirkliche Vielfalt leben, weil sie sie bejahen und weil sie unser aller Leben reich machen.

Worum es geht

Für diese Vision braucht man nicht sozusagen vom blauen Himmel herab zu werben, sondern kann darauf setzen, dass vielfältige Prozesse einer besseren Teilhabeförderung, einer wirklichen *Inklusion*, wie wir dies nennen, von Menschen mit Behinderungen, von Menschen, die sich in der Pflege befinden, aber auch von Menschen, die aufgrund von Armut an den Rand gedrängt werden, bereits in Gang sind. Wir erleben den Wandel von einem hauptsächlich anstaltlich organisierten Sozialstaat, in dem - pauschal gesagt - Menschen, die irgendwelche Defizite aufzuweisen hatten, in Anstalten ausgegrenzt oder von Anstalten betreut worden sind, hin zu einem differenzierteren, sich in die Sozialräume und in die Gemeinwesen hinein erstreckenden sozialem Gemeinwesen.

Vielfach werden die entsprechenden Prozesse zwar deswegen vorangetrieben, weil man sich davon mögliche Einsparungen verspricht. Ob sich diese Hoffnung wirklich bewahrheiten wird, weiß ich nicht so recht. Aber zugleich bergen diese Prozesse die großen Chancen, unsere gesamte Gesellschaft menschlicher, toleranter, liebenswürdiger zu machen. Die „anderen“, die auf Unterstützung angewiesen sind, geraten

nun in das Zentrum der Aufmerksamkeit und sind mitten auf den öffentlichen Plätzen und in den öffentlichen Räumen anzutreffen. Diese „anderen“ sind nun einfach da und sie stellen Rückfragen an uns. Wir sind aber gar nicht gewöhnt, auf sie zu hören. Und diese anderen, zum Beispiel die Menschen mit Behinderungen, machen deutlich, über welche genuinen Kompetenzen sie verfügen. Sie haben nicht nur das Recht auf eine Art Defizitausgleich, sondern auf ein volles, ganzes Leben, wie all die anderen auch.

Ob eine neue zukunftssträchtige, menschlichere Vision des Zusammenlebens gelingt, hängt nicht primär vom Verhalten dieser Menschen, sondern es hängt von uns allen selbst ab. Wie wir uns verhalten, ist entscheidend, wie sie sich als Politiker, als öffentliche Verwaltungen, als einzelne diakonische, soziale und sonstige Einrichtung, als Kirchengemeinde, als Sportverein, wie sie sich als gesamtes Gemeinwesen, wie sich die Zivilgesellschaft ihnen gegenüber aufstellt und sich verhält, davon hängt dieses große Experiment einer lebenswürdigeren Gesellschaft ab. Und wie gesagt: Dafür möchte ich Sie gewinnen.

Wenn man Menschen für eine neue Vision gewinnen will, so lohnt es sich fast immer, an ihren eigenen Interessen anzuknüpfen. Genauso möchte ich es auch tun. Versetzen Sie sich also einmal in die Lage eines Menschen, der oder die auf Pflege angewiesen ist oder plötzlich aufgrund eines Unfalls eine heftige Behinderung zu ertragen hat. Oder auch jemand, der vielleicht aufgrund vielfältiger Schicksalsschläge in Hartz IV gerutscht ist und sich nicht mehr traut, sich überhaupt noch in öffentlichen Räumen zu zeigen aus lauter Scham, seine Situation könnte auffallen. Gut, Sie werden sagen, rein statistisch gesehen ist das Risiko nicht allzu groß, dass man in so eine Situation hineingerät, wenn man zur Mittelschicht gehört – aber völlig ausgeschlossen ist es nicht. Und auch wenn einen diese Situation nicht selbst betrifft, so kann sie doch Freunde, Nachbarn und Familienangehörige durchaus belasten.

Gesetzt also den Fall, dass einen ein entsprechender Schicksalsschlag trifft: Wie möchte man dann von den anderen, von Nachbarn und Freunden, von Behörden und Einrichtungen, von der gesamten Gesellschaft behandelt werden? Mit viel Mitleid? Wahrscheinlich nicht. Fürsorglich, herablassend? Sicherlich auch nicht. Sofort eingewiesen in eine „Anstalt“? Auch dies wäre – auch wenn man konzidiert, dass Heime und Einrichtungen heute menschlicher sind als früher – mit Sicherheit auch nicht unser größter Wunsch. Nein, in einem solchen Falle möchte man natürlich eine

professionell gute Betreuung, Förderung und Beratung haben. Aber für die meisten von uns wird es sehr deutlich sein, dass wir alle am liebsten natürlich in unseren gewohnten Lebenszusammenhängen bleiben, unsere Arbeit behalten möchten, in unserem Wohnumfeld und in unserem Freundeskreis bleiben wollen. Auch möchten wir nicht unsere Kontakte in den Sportverein oder den Schützenverein verlieren, sondern weiterhin an den wichtigen Ereignissen dort teilnehmen und wenn es nur irgend geht, uns auch weiterhin mit unseren Fähigkeiten einbringen, so reduziert sie vielleicht auch immer sind.

Insofern möchten wir von den andern Menschen Verständnis für unsere Situation und auch Unterstützung erhalten, aber wir wollen sie selbst anfordern, und auf keinen Fall ein übertriebenes „Betüddeln“ oder eben Bemitleiden. Wir wollen auch in solchen Fällen so akzeptiert werden, wie wir sind, mit den Einschränkungen, die wir dann bewältigen müssen. Wir wissen selbst, dass wir dann sehr viel mehr als früher auf andere angewiesen sind, aber so weit wie irgend möglich wollen wir uns weiterhin selbst bestimmen und Teilhabe an dem haben können, was auch allen anderen in der Gesellschaft zukommt. Deutlich wird in solchen Situationen, wenn man sie sich einmal durch den Kopf gehen lässt, wie schnell wir dann die anderen sein können, die nicht mehr so leistungsfähig sind wie die, die in der Gesellschaft die große Geige spielen und in der Hackordnung weiter oben angesiedelt sind.

So, wie wir selbst es spontan empfinden würden, votieren auch die meisten anderen Menschen.¹ Das Verbleiben im vertrauten Wohnumfeld hat sich immer wieder als zentraler Wunsch gerade von älteren Menschen mit Behinderung herauskristallisiert. Aber diesen Wunsch zu erfüllen ist nur möglich, wenn eine entsprechende Infrastruktur geplant und umgesetzt wird. Dazu zählen zunächst einmal niedrighschwellige Beratungsstellen z.B. auf der Basis der neuen Pflegestützpunkte. Weiter braucht es eine bessere, auf die Person bezogene Kooperation verschiedener Leistungsträger. Und vor allem: Es braucht Unterstützung der familiären Unterstützungsarrangements, wenn die Menschen, die Unterstützungen leisten, älter werden. Es lässt sich belegen, dass gemeinwesenorientierte Projekte, die personenbezogene Unterstützung und Raum für gelebte Solidarität ermöglichen bei älteren Menschen den individuellen Bedarf verringern, zu besserem subjektivem Gesundheitszustand und zu hö-

¹ Im Folgenden folge ich den Empfehlungen aus dem Modellprojekt: „Selbstbestimmt Wohnen im Alter – Gestaltung sozialer Infrastruktur für Menschen mit Behinderung angesichts demografischer Herausforderungen.“ Ev. Akademie Hofgeismar 2010 Autoren: Georg Hofmeister, Cordula Barth und Dagmar Fuhr.

herer Lebenszufriedenheit führen. Und wenn man also auf der Ebene der Kosten argumentieren will kann man sagen: „Das zieht geringere Gesamtkosten sowie einen sozialen Mehrwert nach sich.“²

Klar, wir wollen zu diesen „anderen“ möglichst nicht gehören müssen, sondern auf eigenen Beinen stehen können. Es gehört zum grundlegenden Wertverständnis unseres Landes, dass ein solches auf den Eigenen- Beinen-Stehen fundamental für unser Selbstverständnis, für unser Verständnis von Person-Sein ist. Jeder und jede soll für sich selbst sorgen können und selbstverantwortlich sein. Aber alleine unsere fiktive Konstruktion einer schweren Situation, die uns alle treffen kann, macht deutlich, wie wichtig es ist, unser Verständnis von der Würde eines Menschen eben nicht an seine Leistungsfähigkeit zu koppeln, ja nicht einmal das der Wertschätzung daran allein zu binden, sondern jedem seine volle Würde zuzubilligen und die unterstützenden Aktivitäten so auszurichten, dass jeder Mensch möglichst viel davon auch so lange als möglich realisieren kann. Unser Leben ist ein Geschenk und es ist höchst zerbrechlich. Wir alle können sehr schnell in Lebenssituationen geraten, in denen wir den Boden unter unseren Füßen verlieren und darauf angewiesen sind, dass andere uns unterstützen, ja pflegen, ohne, dass wir ihnen das dann noch angemessen vergelten könnten.

Diese Entkopplung der Würde des Menschen von seiner Leistungsfähigkeit ist tief in unsere auch christliche geprägte Werteordnung eingelassen, auch wenn gegen sie auch immer wieder verstoßen wird. So ist es z. B. ja nach wie vor so, dass diejenigen Berufe, die sich in unserer Gesellschaft um Menschen mit einem hohen Unterstützungsbedarf kümmern, nicht unbedingt zu den angesehensten in der Gesellschaft gehören. Es gibt den schönen Spruch „Der Bäcker bäckt, der Maler malt, der Pfleger ...“, ich brauche diesen Satz nicht weiter auszuführen. Sie merken alleine schon an ihm die Problematik der ganzen Situation. Es stimmt etwas in der Werteordnung unserer Gesellschaft in dieser Hinsicht nicht. Wer Autos baut oder sich als Investmentbanker betätigt, wird allgemein als gesellschaftlich wertvolles Glied eingeschätzt, wer sich aber um diejenigen kümmert, die am Rande der Gesellschaft stehen, hat es sehr viel schwerer bis dahin, dass in diesen Bereichen auch unverhältnismäßig viel weniger Geld verdient wird.

² A.a.O. S. 10

Die Konversion

Aber wir wollen uns hier heute nicht über diese verquerten Wertorientierungen beklagen, sondern darüber reden, wie ein besseres Miteinander der Menschen erreicht werden kann. Und in dieser Hinsicht ist es nun, wie gesagt, so, dass Wege zu denjenigen Formen von Unterstützung und Integration, die wir uns selbst spontan wünschen würden, in der letzten Zeit in vielen Bereichen in unserer Gesellschaft immer deutlicher gebahnt werden. Das betrifft zunächst einmal und vorrangig Menschen mit Behinderungen, denen im Sinne der UN-Konvention über Menschen mit Behinderungen ein Leben in voller Teilhabe an der Gesellschaft besser als bisher ermöglicht werden soll. Dies geschieht zurzeit vor allem dadurch, dass Teile der großen Behindertenzentren aufgelöst und die betreffenden Menschen in kleinere Betreuungseinrichtungen in die Stadtteile und Dörfer integriert werden sollen. Hier in der Diakonie Hephata bedeutet dies, dass bis zu 300 von 486 Wohnplätzen der Behindertenhilfe auf dem Campus dezentralisiert werden. Mit großem Aufwand wird seit einiger Zeit daran gearbeitet, Wohnungen anzumieten oder auch neue Häuser zu bauen, um entsprechende Möglichkeiten vorhalten zu können. Niemand wird gezwungen, umzuziehen. Wer bleiben will, kann bleiben, aber wer Neues ausprobieren will, kann dies tun und es zeigt sich, dass für viele die Erfahrung umzuziehen und sich in einem neuen Umfeld möglichst selbstbestimmt orientieren zu können, von großer Faszination ist.

Die für diesen Prozess notwendigen Veränderungen im Selbstverständnis der großen Einrichtungen sind enorm. Auf einen kurzen Begriff gebracht, geht es darum, vom Betreuen zum Unterstützen zu kommen, was viele neue Fragen und Probleme mit sich bringt. Natürlich ist das Leben in Stadtteilen und Dörfern, wenn man so will, gefährlicher als in den Wohnungen auf dem Campus von Hephata. Und die Risiken, die nun von den Betroffenen und ihren Betreuern gemeinsam bewältigt werden müssen, sind groß. Das Leben im Heim hat Schutz, Stabilität und soziale Geborgenheit geboten. Die neuen Wohnformen bereiten Angehörigen, gesetzlichen Betreuerinnen und Betreuern wie auch Mitarbeitern oft auch Kopfschmerzen. Ernähren sich nun die „Kundinnen und Kunden“ auch sinnvoll? Haben sie den Konsum von Alkohol und Nikotin im Griff? Können sie ihre Wohnung sauber halten? Werden sie auf der Straße wegen ihrer Auffälligkeiten unter Umständen angepöbelt? Alles dies muss man ernst nehmen. Doch Gefahren und Krisen dürfen einem freien, selbstbestimmten Menschen nicht vorenthalten werden, zumal sie ein großes Lernpotenzial enthal-

ten. Viel muss an dieser Stelle noch getan und gelernt werden, um Menschen mit besonders großem und komplexem Unterstützungsbedarf nicht zu Verlierern dieser Prozesse werden zu lassen.

Die Uno – Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen

Das, worum es hier geht, ist von vielen Akteuren angestoßen worden, insbesondere von den Betroffenen, den Menschen mit Behinderungen selbst. Es hat sich niedergeschlagen in der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die im März 2009 von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert worden ist. Der Prozess hat lange genug gedauert. Angestoßen vor allem durch die Selbsthilfebewegung, von der „Krüppelbewegung“ in den 1970er Jahren bis hin zur Gründung der Interessenvertretung „Selbstbestimmt leben in Deutschland“ hat ein Umdenken stattgefunden. Auch die Umbenennung der „Aktion Sorgenkind“ in „Aktion Mensch“ zum 01. März 2000 kennzeichnet das neue Denken. Menschen mit Behinderungen sind keine Sorgenkinder mehr, sondern Menschen wie alle anderen auch, die selbstbestimmt leben und handeln wollen und können. Sie sind nicht länger Objekte der Fürsorge, deren Defizite es auszugleichen gelte, sondern sie tragen selbst vieles zu einer wirklich menschlichen Gesellschaft bei. Im Blick auf sie gilt ganz besonders der Satz: Jeder von uns kann etwas – keiner kann alles.

Die UN-Konvention fordert „den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen“ und erwartet, dass dies gefördert, geschützt und gewährleistet wird. Nach der Ratifizierung durch die Bundesrepublik Deutschland sind diese Ziele durch die Arbeits- und Sozialministerkonferenz aufgegriffen worden, die im November 2009 entsprechende Eckpunkte vorgelegt hat. Zu den Eckpunkten zählen:

- die Entwicklung zu einer personenzentrierten Teilhabeleistung durch eine stärkere Berücksichtigung der individuellen Bedarfe und Beachtung des Selbstbestimmungsrechts der Menschen mit Behinderungen
- die Entwicklung eines durchlässigen und flexiblen Hilfesystems
- die Schaffung von Beschäftigungsalternativen zur Werkstatt für behinderte Menschen.

Schaut man allerdings genauer hin, dann konzedieren auch professionell in diesem Bereich Tätige, dass die Probleme und Spannungen, die mit den neuen Regelungen angestoßen sind, noch längst nicht beseitigt sind. Nach wie vor, so schreiben z.B. Klaus-Peter Lohest und Wolfgang Schoepfer, ist es weitgehend noch so, „dass der behinderte Mensch nach einem wie auch immer gearteten Bedarf-feststellungsverfahren – davon gibt es in Deutschland viele unterschiedliche – einer Institution übergeben wird. Diese rechnet dann mit dem oder den Leistungsträgern ab. Eine Kontrolle, ob die vereinbarten und aus Steuermitteln finanzierten Maßnahmen erfolgreich im Sinne einer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind, findet nur selten statt. Die Wünsche und Bedürfnisse behinderter Menschen, vor allem derer mit einem hohen Unterstützungsbedarf bleiben unzureichend berücksichtigt.“ (S. 26) Konsequenterweise muss sich dieses System durch die Einführung einer klaren Personenzentrierung ändern. Der Mensch mit Behinderung muss nun im Mittelpunkt der Sozialleistungsträger stehen. Work Case- oder Care-Manager sind als *unabhängige* Leistungserbringer Dienstleister, geleitet von den angemessenen Bedarfen und Bedürfnissen der behinderten Menschen. Nur durch die Unabhängigkeit kann gewährleistet werden, dass wirklich stets das Notwendige getan wird – und nicht nur das, was den Kostenträgern gut gefällt.

Individuelle Teilhabe Planung

Damit einher gehen konsequenterweise die Förderungen von dezentralen und ambulanten Teilhabestrukturen. Dazu zählt eine bessere Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben, die durch die bisherigen gesetzlichen Regelungen nur unzureichend erfüllt werden. Erreicht werden soll hier vor allen Dingen das Ziel, dass die Förderungen, die die entsprechenden Menschen in den Werkstätten für behinderte Menschen in Anspruch nehmen können, auch auf anderen Arbeitsplätzen zum Tragen kommen können. Einzelne Module dessen, was bisher in den Werkstätten insgesamt vorgehalten werden muss, könnten dann auch andere Arbeitgeber vorhalten. Zudem soll die Förderung von Arbeitsverhältnissen mit dauerhaften Lohnkostenzuschüssen bzw. Nachteilsausgleichen für Arbeitgeber lohnender werden. Nicht alles ist hier schon klar und deutlich geregelt und viele kommunale Spitzenverbände lehnen dieses System ab, aber ich denke, dass es sich auf die Dauer durchsetzen wird.

Und was die Integration in Arbeit anbetrifft, ein schönes Beispiel aus ihrer Gegend: Die **Ringgauer Landkäserei** in Grandenborn im Werra-Meißner Kreis bietet sechs

Außenarbeitsplätze der Werraland-Werkstätten für Menschen mit Behinderung und trägt durch den dazugehörigen Laden dazu bei, die Nahversorgung im Ort sicherzustellen. Zudem kann den Käserinnen in der Ringgauer Landkäserei bei ihrem Handwerk zugesehen werden und es gibt Führungen mit anschließender Verkostung. In Kooperation mit einer Landmetzgerei wurde ein Verkaufswagen erworben und so werden die Produkte auch auf Wochenmärkten der Umgebung angeboten.

Hinzu kommt des Weiteren die Schaffung von inklusiven Sozialräumen, d. h. von Stadtteilen und Dörfern, in denen die Barrieren in Häusern, auf den Straßen und Plätzen und die mentalen Hemmnisse abgebaut sind. Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe der Arbeits- und Sozialministerkonferenz hat 2009 festgehalten: „Die Voraussetzungen für die Gewährleistung einer umfassenden Barrierefreiheit, wohnortnaher, zugänglicher Beratungs- und Unterstützungsleistungen für Menschen mit Behinderung, deren Angehöriger und sonstiger Unterstützer, die Förderung von Selbsthilfeinstitutionen und ehrenamtlicher Strukturen sowie Angebote zur gesellschaftlichen Teilhabe mit und ohne Behinderung müssen in den Kommunen erfüllt werden.“ In entsprechenden Gesprächen mit kommunalen Spitzenverbänden ist versucht worden, diese Zielsetzung voranzubringen. Wichtigste Erkenntnis dabei war schon einmal, dass Barrierefreiheit umso billiger wird, je früher sie mitgedacht wird. Vor allem müssen die Belange aller Menschen mitgedacht werden, die auf Unterstützungsleistungen im Sozialraum angewiesen sind, nicht nur derjenigen mit Behinderungen.

Wenn man das hier so vorträgt, dann kann ich mir vorstellen, was in ihren Köpfen, liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vorgeht: Ist ja schön, wenn die Minister das so beschließen. Die Realität vor Ort ist viel komplizierter und schwieriger. Und so ist es ja auch. Ohne Sie und ihre Unterstützung geht es aber nicht. Inklusion kann nur konkret vor Ort funktionieren und dafür braucht es ein gesteigertes Engagement auf Seiten aller Beteiligten. Viel was es ja schon längst gibt, muss im Sinne einer integrierten regionalen Gesamtversorgung mit dem Ziel einer möglichst großen Teilhabeorientierung und der Sicherung der Selbstbestimmung der Menschen zusammengedacht und zusammengebracht werden. Zusammengedacht: Inklusion entsteht zunächst einmal im Kopf!

Was muss getan werden? Der Deutsche Verein hat in einem Gutachten („Selbstbestimmung und soziale Teilhabe vor Ort sichern“) die folgenden Punkte festgehalten:

- barrierefreie Wohnangebote und Angebote für technische Hilfen,
- verstärkte Unterstützung in Alltagsangelegenheiten (Wohnen, Haushalt, Ernährung, inner- und außerhäusliche Mobilität, physische und psychische Selbstsorge, soziale Teilhabe,
- eine wohnortnahe haus- und fachärztliche, rehabilitative und pflegerische Versorgung,
- eine personenorientierte Koordination der Versorgungs-, Unterstützungs- und Teilhabeleistungen,
- eine hinreichende Information über Leistungsangebote (Angebots- und Leistungstransparenz),
- qualitätsgesicherte Beratungsangebote zu allen Aspekten des selbstbestimmten Alterns (ich ergänze und anderer Problemlagen) einschließlich der verfügbaren Versorgungs- und Unterstützungsangebote,
- Stärkung von Eigeninitiative und der Potenziale der Selbsthilfe der Betroffenen.

Das klingt nach einem gewaltigen Maßnahmenkatalog, beschreibt im Grunde genommen aber nur das, was für uns alle vollkommen normal ist. Es sollte es eben möglichst für alle sein – und ganz besonders für diejenigen, die darauf angewiesen sind. Denn so normal soll das Zusammenleben mit Menschen mit Beeinträchtigungen aller Art eben auch werden. Als Mindeststandards dieser Daseinsvorsorge können drei Aspekte gelten:

- Einen gleichberechtigten, diskriminierungsfreien und kostengünstigen Zugang zu Dienstleistungen und Gütern.
- Ein flächendeckendes, an qualitativen Standards orientiertes, in ausreichendem Umfang dargebrachtes, dauerhaftes und verlässliches Angebot an Dienstleistungen und Gütern.
- Gewährleistung einer öffentlichen Kontrolle und Transparenz für die Nutzerinnen.³

Das setzt nun aber nicht nur das Vorhandensein einer entsprechenden unterstützenden Infrastruktur voraus, die für sich genommen schon ein sehr anspruchsvolles Pro-

³ Vergl. Modellprojekt a.a.O.

jekt ist, sondern darüber hinaus auch die Bejahung der Präsenz dieser Menschen in den Sozialräumen und lokalen Öffentlichkeiten. Es geht folglich darum, Barrierefreiheit in den Köpfen zu schaffen, die Akzeptanz zu verstärken, dass alle zu einem guten und angemessenen Leben dazugehören und keiner ausgegrenzt werden darf. Das bedeutet zum Beispiel, wie es mein Freiburger Kollege Thomas Klie sehr pointiert formuliert hat, dass „wir alle dementisch“ lernen, d. h. lernen, mit dementen Menschen in den Sozialräumen angemessen umgehen zu können.

Dieser Umgang, ist keiner, der sich aus einer herablassenden mitleidigen Haltung den Betroffenen zuwenden sollte – das würden wir selbst ja auch nicht gut finden, wenn wir so behandelt würden, sondern der die Betroffenen in ihrer Eigenständigkeit und Würde respektiert und von vornherein darauf ist, dass sie stets selbst und autonom über Hilfemöglichkeiten entscheiden. Assistenz bleibt unerlässlich und in vielen Fällen wird sie sogar sehr nötig bleiben, aber es soll eben im Sinne des Wortes Assistenz sein und nicht Bevormundung. Und eines ist ohnehin klar: Die Menschen müssen willkommen sein! Nur dann können die noch bestehenden Sonderwelten Stück für Stück aufgelöst werden. Dazu braucht es Unterstützung und Sicherheiten – nicht zuletzt durch Freundlichkeit!

Kooperation das Gebot der Stunde

Was braucht es, um den Anforderungen zu genügen eine „integrierte regionale Gesamtversorgung“ zu schaffen? Die Antwort ist nicht schwer zu finden: Kooperation! Ohne Zusammenarbeit aller derjenigen, die für die betreffenden Menschen arbeiten, ohne ihre Vernetzung oder noch besser Ver-Ort-ung wird es auf keinen Fall gehen. Was es für Familien bereits an vielen Stellen gibt, braucht es nun für alle: Lokale Bündnisse für Inklusion! Und es braucht die Antreiber, die Kümmerer, die die Dinge in die Hand nehmen – planen und dabei Betroffene beteiligen.

Aber darüber sollen jetzt nicht theoretische Betrachtungen angestellt werden, sondern einige Beispiele erzählt werden, die mir vorbildlich erscheinen.

Der Zweckverband Sozialstation Kaufungen – Lohfelden – Nieste

Die drei Gemeinden Kaufungen, Lohfelden und Nieste im Landkreis Kassel kooperieren im Bereich der Altenpflege und –betreuung. Hierfür wurde ein Zweckverband gegründet, der die Aufgaben der vormals zwei gemeindeeigenen Sozialstation sowie einer Gemeindegewerbestation übernommen hat. Eine wohnortnahe Versorgung

von älteren und pflegebedürftigen Menschen kann durch den Zweckverband sichergestellt werden, so dass die Menschen in ihrem gewohnten Umfeld verbleiben können. Der Zweckverband übernimmt neben den Aufgaben der häuslichen Pflege und Betreuung auch Aufgaben der Weiterbildung und Schulung von pflegenden Angehörigen und fördert den Erfahrungsaustausch Betroffener. Die interkommunale Zusammenarbeit im Rahmen des gemeinsamen Zweckverbands ist auf Dauer angelegt. Momentan wird geprüft, ob sich der Zweckverband auf Nachbarkommunen, die Interesse an einem Beitritt haben, ausdehnen kann.

Die Aktivitäten der Sozialstation sind so organisiert, dass die Mittel der Kranken- bzw. Pflegeversicherung in der Regel für die Finanzierung des Zweckverbandes ausreichen. Die Sozialstation eröffnet den beteiligten Kommunen trotz der vorhandenen Sparzwänge eine Perspektive zur Sicherstellung von Versorgungsstrukturen für die Zielgruppe der Gesamtversorgung sowie eine tarifliche Bezahlung der Pflegekräfte. Im Bereich der Betreuung von Demenzkranken und ihren Angehörigen kooperiert die Sozialstation zudem mit dem Unterstützungsprojekt BARKE des Landkreises Kassel (s.u.). Insbesondere für kleinere Gemeinden bieten sich derartige Zusammenschlüsse an, um eine effiziente und bedarfsgerechte Betreuung älterer und pflegebedürftiger Menschen bei hohen Qualitätsstandards sicherzustellen.

Das Unterstützungsprojekt BARKE für Demenzkranke und ihre Angehörigen

Durch das Projekt BARKE (Unterstützende Betreuung und andere Angebote für Demenzkranke und Angehörige) wurde seit 2004 dementiell erkrankten Menschen in einem Teilbereich des Landkreises Kassel ehrenamtliche Unterstützung geleistet. Durch das Angebot soll erreicht werden, dass dementiell erkrankte Menschen in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können und pflegende Angehörige informiert, beraten und entlastet werden. Die Ehrenamtlichen werden in einer für sie kostenlosen Qualifizierungsmaßnahme geschult und verpflichten sich danach zu einer Mitarbeit bei BARKE für ein Jahr. Während ihrer Tätigkeit werden die Ehrenamtlichen fachlich begleitet. Sie erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von fünf Euro pro Stunde und engagieren sich somit „halbehrenamtlich“. Das Projekt BARKE gliedert sich in drei Bereiche:

- eine niedrighschwellige und auf individuelle Bedürfnisse abgestimmte Betreuung dementiell erkrankter Menschen im häuslichen Bereich für einbis drei Stunden pro Woche, die das Versorgungssystem ambulanter Dienste ergänzt,

- eine Betreuungsgruppe für dementiell erkrankte Menschen, in der soziale Kontakte befördert und unterstützt sowie personenzentrierte Beschäftigungsangebote offeriert werden,
- ein Angehörigencafé.

In der Erprobungsurde wurde das Projekt BARKE in das Altenhilfeangebot des Landkreises Kassel eingebunden und über Mittel der Pflegekassen, über das Land Hessenvergebene Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds und den Landkreis Kassel finanziert. Mittlerweile gehört es zur Regelversorgung des Landkreises Kassel und wird durch Mittel der Pflegekasse nach §§45a und b SGB XI und des Landkreises getragen. Zudem leisten die Altenpflegekoordinatorin des Landkreises Kassel, Kommunen, Beratungsstellen für Ältere und kooperierende ambulante und stationäre Einrichtungen ihren Beitrag in Form von Sachleistungen und Personaleinsatz.

Angebote zur Tagesgestaltung für alt gewordene Menschen mit Behinderung

Einige Leistungserbringer in der Untersuchungsregion haben Angebote zur Tagesgestaltung für alt gewordene Menschen mit Behinderung gegründet, wie z.B. das Hessische Diakoniezentrum Hephata e. V. mit der Altentages- und Begegnungsstätte (ATB) oder die Baunataler Diakonie Kassel an mehreren Standorten. Das Angebot setzt sich zusammen aus einer breiten – an die Wünsche der Zielgruppe angepassten – Palette. So stehen diverse Kurse im künstlerisch-kreativen, kulturellen, Bildungs- und sportlichen Bereich sowie offenen Angebote, wie z. B. ein Café, zur Auswahl. Die Angebote werden sowohl objektiven Anforderungen (wie z. B. die Förderung von gesundheitsfördernder Bewegung, gesunde Ernährung etc.) als auch individuellen Bedürfnissen und Wünschen (wie z.B. individuellem Ruhebedürfnis, Wünschen im Hinblick auf die Betätigungsmöglichkeiten etc.) gerecht. In einem für die TeilnehmerInnen bekannten Programm werden sowohl die Tagesgestaltung wie auch eine Wochenplanung bekannt gemacht. Die über die Woche verteilten Aktivitäten sowie ein vertrauter Tagesablauf tragen zur Erhöhung der Lebensqualität bei. Die Angebote wurden geschaffen, um alt gewordenen Menschen mit Behinderung oder Menschen mit sehr hohem individuellem Unterstützungsbedarf in den Wohnheimen der jeweiligen Einrichtungen eine Tagesgestaltung zu ermöglichen, stehen aber BewohnerInnen des Betreuten Wohnens sowie auch alt gewordenen Menschen mit Behinderung, die in familiären Unterstützungsarrangements leben, offen. Bei letzteren sind die privat und über die Einrichtungen organisierten Bringdienste von besonderer Bedeutung. Zudem werden – im Sinne von gesellschaftlicher

Inklusion – Menschen mit Behinderung bei dem Wahrnehmen von Angeboten in der Gemeinde begleitet.

Fazit

Aus der Abschlussarbeit von John Rawls in Princeton 1942: „Je mehr sie (die menschliche Person) ihr Leben betrachtet, je mehr sie mit vollständiger Aufrichtigkeit in sich geht, desto deutlicher nimmt sie wahr, dass alles, was sie hat, ein Geschenk ist. War sie ein aufrichtiger Mensch in den Augen der Gesellschaft, so wird sie nun zu sich sagen: ‚Du warst also ein gebildeter Mensch; ja, aber wer hat für deine Erziehung bezahlt; Du warst also ein guter und aufrechter Mensch, ja, aber wer hat dir gute Manieren beigebracht und dich in die glückliche Lage versetzt, nicht stehlen zu müssen; Du warst also ein liebender Mensch und nicht hartherzig, ja, aber wer hat dich in einer guten Familie erzogen, wer hat dir Fürsorge und Zuneigung gezeigt, als du jung warst, damit du im Erwachsenenalter Liebenswürdigkeit schätzen würdest – musst Du nicht zugeben, dass alles, was Du hast, Dir gegeben wurde? Dann sei dankbar und höre auf mit der Prahlerei.‘ Einen Menschen, der so aufrichtig ist, dass das Wort Gottes trotz all seiner Güte ihn nicht verurteilen wird, gibt es somit nicht. Es gibt keine Güte die neben der Güte Gottes nicht zu einem ‚schmutzigen‘ Lumpen wird. Es gibt niemanden, der im Angesicht Gottes dem Urteil Seines Erbarmens entkommen kann. Im Lichte seines Gegebenseins kann niemand dankbar genug sein.“⁴

Natürlich ist dies eine christliche Sicht auf uns alle. Aber ich denke, sie leuchtet nicht nur Christenmenschen ein. Unser Leben, unsere Begabungen und Talente, unsere Leistungsfähigkeiten sind Geschenke - von Gott – oder von anderen. Sie machen deutlich, wie sehr wir alle aufeinander angewiesen sind. Niemand lebt für sich allein. Und es macht ein gutes und lebenswertes Leben aus, das, was man selbst empfangen hat – letztlich sich selbst – weiter zu geben – unsere Kraft zu verbrauchen, damit andere, alle, leben können. Das letzte und wichtigste im Leben ist eben dies: Liebe empfangen zu haben und Liebe weiter geben zu können. Dann ist der andere nicht vor allem der Konkurrent, sondern der, mit dem ich kooperiere. In diesem Geist lassen sie uns unser Zusammenleben gestalten – für uns alle und im Interesse derjenigen, die uns brauchen.

⁴ John Rawls: Über Sünde, Glaube und Religion. Frankfurt a. M. 2010, S. 280